

KLI-061 Klima schützen, Wohlstand sichern – Baden-Württembergs grüner Weg ins klimaneutrale und fossilfreie Zeitalter

Antragsteller*in: Michael Zonsius (Karlsruhe-Land KV)

Änderungsantrag zu KLI

Von Zeile 60 bis 61 einfügen:

denjenigen eine Perspektive, die am stärksten von den Veränderungen betroffen sind.

Wir wissen dass wir jetzt handeln müssen. Und dass wir jede*n Einzelne*n aktiv über unser Handeln und dessen Auswirkungen informieren müssen um erfolgreich zu sein.

Wir kämpfen im Landtag Baden-Württemberg für eine politische Mehrheit , um den „Klimanotstand“ oder eine „Erklärung des klimatischen Notfalls“ auszurufen. Denn darin sehen wir ein Signal mit öffentlicher Breitenwirkung,

dass wir die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von allerhöchster Priorität ansehen.

Wir kommunizieren öffentlich die Risiken, dass aus der „Klimakrise“ eine „Klimakatastrophe“ wird, wenn es uns nicht gelingt, alle Teile der Gesellschaft zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele ins Boot zu holen.

Reichen unsere Anstrengungen global, EU-, Deutschland- und landesweit nicht aus, kommunizieren wir dies ebenfalls und treten in einen gesellschaftlichen Dialog, wie wir unsere Anstrengungen intensivieren, um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen.

Der Landesvorstand übernimmt hierbei eine koordinierende Funktion und informiert regelmäßig, d.h. mindestens jährlich über die Fortschritte.

Begründung

Im Jahr 2015 wurde in Paris von 197 Staaten ein globales Klimaschutzabkommen unterzeichnet, das eine Verpflichtung der Beschränkung der Erderwärmung auf deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau vorsieht und damit das globale Ziel fasst, irreversible und verheerende Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern. (1)

Um diese Auswirkungen für Mensch, Natur und Wirtschaft einigermaßen erträglich zu gestalten, bedarf es einer weltweite Klimaneutralität bis spätestens im Jahre 2050. Oder anders ausgedrückt: Global gesehen dürfen noch zwischen 600- 800 Gigatonnen CO₂ bis zum Jahr 2050 emittiert werden, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.(2) Je schneller Staaten, Länder, Landkreise und Städte ihre Anstrengungen in der CO₂ Reduktion vervielfachen, desto wahrscheinlicher wird es sein, dass diese Ziele erreichbar bleiben.

Deutschland als reichem Industrieland und ganz besonders dem wirtschaftsstarken Baden-Württemberg kommt dabei als Innovationstreiber und Vorbild eine ganz besondere Verantwortung zu.

Laut dem aktuelle Klimaschutzbericht 2018 (3) verfehlt Deutschland seine Klimaziele für das Jahr 2020 aber deutlich. Statt der angestrebten 40 Prozent weniger Treibhausgase als 1990 beträgt die Verringerung der Emissionen in Deutschland demnach lediglich etwa 32 Prozent. Auch Baden-Württemberg verfehlt seine Klimaziele für 2020 deutlich (4) - und ob die 2030er Ziele überhaupt eingehalten werden können, erscheint zumindest fraglich (5).

Nachdem auch der Sommer 2019 einen - in Bezug auf die globale CO₂ Konzentration - beängstigenden Verlauf zeigt und weltweit Forscher überrascht sind, wie schnell sich die Lage v.a. in

der Arktis mit ihren Waldbränden zuspitzt(6) - müssen Wissenschaftler gleichzeitig zugeben, dass diese CO₂ Emissionen noch gar nicht in die aktuell gültigen Prognosen eingerechnet sind. Allein die 2019er Brände in der Arktis verursachen CO₂ Emissionen, die dem Jahresausstoß von Schweden entsprechen (7). Das kann aber nur bedeuten, dass bestehende Klimaziele absolut dringend einzuhalten sind oder sogar noch ambitionierter formuliert werden müssen - und dass daraus abgeleitete Maßnahmen nochmals bzgl. ihrer Zielverträglichkeit überprüft werden müssen.

Wir begrüßen, dass der Leitantrag hier die Vorbildrolle der Verwaltungen sieht, die bis 2030 klimaneutral sein sollen.

Die Umsetzung der oben genannten – auch ambitionierteren - Klimaziele wird aber nur mit Hilfe des Bewusstseins der breiten Bevölkerung funktionieren: Denn warum sollte ich mir z.B. ein Elektroauto kaufen, mein Haus ökologisch bauen oder sanieren, meinen Betrieb in seinen Bemühungen im Bereich Nachhaltigkeit unterstützen - wenn ich mir nicht um den Ernst der Lage bewusst bin und deshalb auch Mehrkosten oder Mehraufwände bereit bin einzugehen. Einen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung zu bewirken, bedeutet aber auch: Den Menschen ehrlich zu kommunizieren, dass sich unser Lebenswandel, unsere Konsum- und Mobilitätsansprüche radikal ändern müssen, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Denn die Lösung der Klimakrise kann nicht mehr nur mit einer Steigerung der Effizienz erreicht werden.

Wir brauchen ein neues Verständnis und Verantwortungsbewusstsein für die individuelle Lebensführung und „persönliche Freiheiten“. (8) Auch die Notwendigkeit von Verzicht und Selbstbeschränkung – Stichwort „Suffizienz“ wollen wir kommunizieren, denn: Es gibt „kein Menschenrecht auf ökologische Zerstörung“(9). Wir Grüne als ökologische Partei und als Partei, die für globale Gerechtigkeit eintritt, haben die Pflicht, auch diesen Aspekt offen anzusprechen. Ohne diesen Bewusstseinswandel besteht das Risiko, dass nach Einführung einer CO₂ Bepreisung eine ähnliche Reaktion wie die der Gelbwesten in Frankreich stattfindet.

Bestrebungen in der Industrie, die Entschlossenheit beim Handeln für einen konsequenten Umgang mit der Klimakrise zu unterlaufen, sind nicht zu unterschätzen. So hat z.B. die INSM vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall ihre 12 Fakten zur Klimapolitik veröffentlicht (10). Die Autoren verabschieden sich hier vom 1,5 Grad des Pariser Abkommens und stellen sich gegen `nationale Alleingänge und eine CO₂ Steuer´. Die Intention dahinter scheint zu sein, dass sich Klimaschutz den Interessen der Industrie unterzuordnen hat. Hier wird die große Chance vertan, dass Teile der Industrie Klimaschutz endlich als wichtigen Standortfaktor und Wettbewerbsvorteil verstehen. Auch darüber muss die Bevölkerung aufgeklärt werden, sonst passiert die Ausgestaltung eines zukünftigen bundesweiten Klimaschutzgesetz wieder auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Fazit:

Vor den o.g. Hintergrund erscheint es uns dringend angebracht, dass auch Baden-Württemberg den Klimanotstand oder eine `Erklärung des klimatischen Notfalls´ ausruft. Mit diesem Statement - so wie dieses auch schon in mehreren Staaten, Städten und Landkreisen verkündet wurde(11) - bezieht auch das Land Baden Württemberg öffentlich Stellung, und bekräftigt, dass die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegendsten Folgen eine Aufgabe von allerhöchster Priorität ist. Gleichzeitig erkennen wir an, dass die bisherigen Maßnahmen auf Landesebene nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen: Wir müssen und wollen mehr tun!

Diese Ausrufung des Klimanotstandes oder eine `Erklärung des klimatischen Notfalls´ soll dabei auch als Signal nach Berlin und Brüssel gelten: Ein einzelnes Bundesland wird in seiner Handlungsfähigkeit beschränkt, wenn nicht die entsprechenden Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU Ebene gegeben sind. Dies können und wollen wir nicht akzeptieren.

Die Schlussworte des Leitantrags machen es deutlich – das Bewusstmachen der Klimakrise kann neue Chancen für die Menschheit und Innovationsschübe auslösen! Neue Perspektiven sind für jede*n

Einzelne*in und für Industrie und Handwerk möglich. Vorbilder gibt es schon genug in Baden Württemberg! (12)

Deshalb: Lasst uns über ein ehrliches Statement zur Klimakrise diese notwendigen Veränderungen anstoßen und schnellstens auf den Weg bringen!

(1)<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/klimaschutz-abkommen-von-paris.html>

(2)<https://scilog.spektrum.de/klimalounge/koennen-wir-die-globale-erwaermung-rechtzeitig-stoppen/>

(3)<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/klimaschutzbericht-ziele-2020-immissionen-klimawandel>

(4) <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/Gruene-wollen-Klimaschutz-staerken-Baden-Wuerttemberg-erreicht-seine-Klimaziele-nicht-gruene-bw-klimaschutz-100.html>

(5) <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/verkehrssektor-droht-klimaschutzziel-2030-zu-verfehlen-1/>

(6) https://www.sueddeutsche.de/wissen/kanada-permafrost-klimawandel-co2-1.4489525?utm_source=pocket-newtab

(7) <https://de.euronews.com/2019/07/16/waldbrande-in-der-arktis-sorgen-fur-hohe-emissionen>

(8) <https://www.faz.net/aktuell/wissen/reaktionen-auf-ipcc-bericht-die-lage-ist-kritisch-16323614.html>

(9) <https://taz.de/Nachhaltigkeit-und-Klimapolitik/!5609132/>

(10) <https://www.insm.de/insm/kampagne/klimaschutz/12-fakten-zur-klimapolitik.html>
<https://volker-quaschnig.de/artikel/Fakten-INSM/index.php>

(11) <https://www.klimabuendnis-hamm.de/klimanotstand-in-jedem-rathaus/>

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimanotstand-immer-mehr-staedte-machen-mit-a-1281288.html>

(12)<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/co2-bosch-will-ab-2020-komplett-klimaneutral-sein-16178383.html>

Unterstützer*innen

Andy May (Karlsruhe-Land KV); Harry Schwarz (Ettlingen KV); Alexandra Kaiser (Karlsruhe-Land KV); Andreas Pérrin (Ettlingen KV); Simon Keller (Karlsruhe KV); Christine Bauer (Karlsruhe-Land KV); Michael Pollich (Ettlingen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Babette Schulz (Ettlingen KV); Christine Preisach (Karlsruhe-Land KV); Natalie Rapka (Ettlingen KV)